



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 3,- Mk. - Anzeigen: die dreizehnpfennige Preiskarte 2,- Mk., Codes und Veranlagungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigen Titel im Post-Befreiungsregister

Für die Woche vom 13. bis 19. November 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 47 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Düsseldorf hat beschlossen, den Lokalbeitrag für alle Klassen von der 46. Beitragswoche ab auf 1 M. wöchentlich festzusetzen. Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand,  
F. K.: E. Bucher, 1. Vors.

### Bekanntmachung

Der Tarifausschuß hat beschlossen, daß die den Gehilfen, Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen ab 15. November 1921 zuzehende zweite Rate der tariflichen Lohnhöhung vom 24. September 1921 schon jetzt zur Auszahlung kommen soll, und zwar mit Wirkung ab 1. November.

Demgemäß sind die seit 1. Oktober geltenden Wochenlöhne für Gehilfen in den Klassen A, B und C ab 1. November 1921 um 25 M., für Neuausgelernte um 20 M. zu erhöhen. Dasselbe gilt auch bezüglich der Feuerungszulage für Berechner. Lehrlinge erhalten entsprechend der Lehrlingsordnung ein Drittel dieser Summe, nämlich 2,50 M. wöchentlich.

Der Wochenlohn der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen wird entsprechend dem prozentualen Anteil am Gehilfenlohn erhöht, und zwar erhalten von dem Betrage von 25 M.:

- männliche Hilfsarbeiter im Alter von 17-19 Jahren 70 Prozent gleich 17,50 M.,
- männliche Hilfsarbeiter im Alter über 19-21 Jahren 75 Prozent gleich 18,75 M.,
- männliche Hilfsarbeiter im Alter über 21-24 Jahren 80 Prozent gleich 20,- M.,
- männliche Hilfsarbeiter im Alter von mehr als 24 Jahren 85 Prozent gleich 21,25 M.,
- geborene Arbeiterinnen 55 Prozent gleich 13,75 M.,
- alle übrigen Hilfsarbeiterinnen 50 Prozent gleich 12,50 M.

Die Einberufung des Tarifausschusses zu neuer Verhandlung ist für den 24. November in Leipzig festgesetzt.

Berlin, 4. November 1921.

Tariffant der Deutschen Buchdrucker.

Rud. Wifflein, Robert Braun,  
Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Bekanntmachung.

Bei Montagssetzungen, das sind solche Zeitungen, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag hergestellt werden, ist den Hilfsarbeitern bis zu drei Stunden Beschäftigungsbauer bisher der Betrag von 25 M. gezahlt worden. Nachdem die den Gehilfen gezahlte Entschädigung durch Bekanntmachung des Tarifamtes vom 13. Oktober 1921 um 50 Prozent erhöht worden ist, geschieht dies nachträglich auch mit der an die Hilfsarbeiter zu zahlenden Entschädigung. Demgemäß steht den Hilfsarbeitern bis zu drei Stunden Beschäftigungsbauer eine Entschädigung von 37,50 M. zu. Alles übrige regelt sich nach den bisherigen Bestimmungen. Dieser Beschluß tritt sofort in Kraft.

Berlin, 31. Oktober 1921.

Tariffant der Deutschen Buchdrucker.

Rud. Wifflein, Robert Braun,  
Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Bekanntmachung.

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird hiermit zur Beratung und Beschlußfassung über nachstehende Verhandlungsgegenstände einberufen, und zwar für den

24. November und folgende Tage nach Leipzig, Buchverlegerhaus, Dolgstraße.

Besondere Einladung an die Mitglieder des Tarifausschusses und an die Vertreter der Organisationen ergeht nicht. Die Herren werden bezahlt gebeten, dem Tarifamt mitzubringen, ob sie an dieser Verhandlung teilnehmen werden.

Berlin, 5. November 1921.

Tariffant der Deutschen Buchdrucker.

Rud. Wifflein, Robert Braun,  
Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender.  
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

### Verhandlungsgegenstände.

Anträge der Prinzipalvertreter:

- Erhöhung der im § 81 Ziffer 3 festgelegten Selbstkrasse.
- Erhöhung der Lehrlingsstaffel.
- Erhöhung der Sätze des Preisstarifs.

Anträge der Gehilfenvertreter:

- Rückbindung des bis zum 31. Dezember 1921 geltenden Lohnabkommens und Neuregelung desselben.
- Verdoppelung des Maschinenseker-Zuschlages (§ 3, Ziffer 2).
- Erhöhung der Entschädigung für Sonntagsarbeit, weil diese in keinem richtigen Verhältnis zur Entschädigung für Überstunden steht.
- Es ist durch den Tarifausschuß grundsätzlich festzusetzen, daß in den besetzten Gebieten aller Tarifkreise und den an diese angrenzenden bzw. mit ihnen zusammenhängenden Gebieten eine Sonderzulage zu zahlen ist.
- Es ist als Brückenlohn besetztes Gebiet und das Kreisamt wird mit der Regelung der dortigen außerordentlichen Verhältnisse beauftragt.
- Der Tarifausschuß wolle beschließen, daß die Verzugszulage für den Kreis III auch im Kreisvorort Frankfurt a. M. zu zahlen ist, da die Feuerungsverhältnisse dort zum allermindesten die gleichen sind, wie in den mit dem gleichen Lokalzuschlag belegten, Frankfurt unmittelbar vorgelegten Druckorten Griesheim, Nied., Schwandheim und Höchst. Sollte eine Verständigung im Tarifausschuße nicht möglich sein, so ist das Kreisamt mit der Regelung der Angelegenheit zu beauftragen.
- Das Kostgeld der Lehrlinge ist den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen entsprechend zu erhöhen.
- Festsetzung einer Lokalzulage für den Tarifkreis XII resp. Uebertragung dieser Festsetzung an das Tarifamt.
- Auslegung der Ziffer 8 im § 7. betreffend Aufrechnung halber Überstunden.
- Können Maschinensekeren Mitglieder der Tarifgemeinschaft werden?
- Sind Dienstbehinderungen, verursacht durch Wahrnehmung eines Schiffsamtes, eines Landtagsmandats und dergl. entschädigungslos nach § 6?
- Schaffung eines besonderen Tarifkreises für das Saargebiet.
- Sollten für Berlin und Hamburg wie bisher höhere Feuerungszulagen gewährt werden, so ist für Leipzig derselbe Ausschlag zu bewilligen.

### Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1920

Nach der im Jahre 1919 stattgefundenen flüchtigen Aufwärtsbewegung der freien Gewerkschaften ist die Mitgliederbewegung 1920 in ruhigeren Bahnen verlaufen. Das Jahr stand mehr im Zeichen der Besetzung des gewonnenen Besitzstandes. Die Aufwärtsbewegung war jedoch mit Ende des Jahres 1919 noch nicht völlig zum Abschluß gekommen, sie erreichte erst am Schlusse des 1. Halbjahres 1920 ihren Höhepunkt, um dann einer geringen Abnahme zu weichen, die zu einem Beharrungszustand bis Ende des Jahres überleitete.

Ueber die Mitgliederbewegung bei den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbänden und ihren Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1920 unterrichtet ein reichhaltiges Tabellenwerk, das der Nr. 43 des Korrespondenzblattes vom 22. Oktober 1921 beigegeben ist.

Es gehörten dem ADGB 52 Zentralverbände an, von denen 49 an der Statistik beteiligt sind. Die Verbände der Artisten, Hotelangestellten und Köche sandten keinen Bericht ein. Ihr Ausfall macht der Statistik keinen Abbruch, da sie erst 1919 bzw. 1920 dem Bund beigetreten waren und zurzeit diesem auch nicht mehr angehören. Die Artisten gingen zum Kfz-Bund über, die Köche schlossen sich dem Verband der Gastwirtschaftlichen an, der sich jetzt als „Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten“ bezeichnet, und der Verband der Hotelangestellten schied aus dem Bund aus. Die im ADGB vereinigten Zentralverbände hatten zusammen 27.271 Zweigvereine, die Mitgliederzahl, die am Schlusse des Vorjahres 7.337.477 betrug, stieg bis zum 2. Quartal 1920 auf die Höchstziffer von 8.144.981, sie ging dann bis zum 3. Quartal auf 8.025.785 zurück und schloß mit 8.025.682 Mitgliedern am Ende des Jahres ab. Gegenüber dem Vorjahre ist eine Vermehrung des Bestandes um 2.411.029 Mitglieder = 44,0 v. H. ein. Es stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 1.893.035 = 44,2 v. H. und die der weiblichen um 517.994 = 43,4 v. H.

Im Jahresdurchschnitt zählte der ADGB im Jahre 1920: 7.890.102 Mitglieder, darunter 6.179.341 männliche und 1.710.761 weibliche. Gegen das Vorjahr trat eine Vermehrung des Bestandes um 2.411.029 Mitglieder = 44,0 v. H. ein. Es stieg die Zahl der männlichen Mitglieder um 1.893.035 = 44,2 v. H. und die der weiblichen um 517.994 = 43,4 v. H.

Von den freigewerkschaftlichen Zentralverbänden steht nach der Mitgliederzählung der Metallarbeiterverband mit 1.647.916 Mitgliedern an erster Stelle. Ueber 100.000 Mitglieder haben dann noch folgende Verbände: Landarbeiter 695.695, Fabrikarbeiter 643.800, Transportarbeiter 568.080, Textilarbeiter 491.480, Bauarbeiter 470.749, Bergarbeiter 450.320, Eisenbahner 428.174, Holzarbeiter 379.381, Angestellte 376.400, Gemeinbedienstete 288.274, Werkbündnisarbeiter 143.590. Von den übrigen Verbänden hatten 12 über 50.000 bis 100.000 und 25 unter 50.000 Mitglieder. Bei 9 Verbänden überwiegt die Zahl der weiblichen die der männlichen Mitglieder.

Die starke Selbstwertung hat auch bei den Gewerkschaften zu einer beträchtlichen Steigerung der Summen der Beitragsleistung und der Unterstützungszulage geführt. Dementsprechend sind denn auch die Einnahmen und Ausgaben nach ihrem Nennwert zu gewaltigen Zahlen angewachsen, die einen Vergleich mit den früheren Jahren in den früheren Jahren nicht mehr zulassen. So erheblich aber auch die Summen sind, die uns die Statistik für 1920 vor Augen führt, so können sie doch nicht nach ihrem realen Wert als ein Maßstab der Selbstwertung angesehen werden. Unzweifelhaft steht die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zurzeit hinter der in der Vorkriegszeit eingenommenen Höhe noch zurück. Es besteht aber wohl kein Zweifel darüber, daß die Gewerkschaften den früheren Stand der Leistungsfähigkeit bald wieder erreichen werden.

Es hatten die Verbände im Jahre 1920 eine Gesamteinnahme von 747.114.430 M., der eine Ausgabe von 543.814.618 M. gegenübersteht. Die Einnahme hat sich gegenüber der im Jahre 1919 erreichten Höhe verneinlicht, jedoch ist auch die Mitgliederzahl um das Dreifache gestiegen. Es kamen von den Gesamteinnahmen im Durchschnitt auf jedes Mitglied 1913: 31,93 M., 1920 dagegen 94,69 M.

Die Gesamteinnahme des Jahres 1920 setzt sich aus folgenden Posten zusammen: Eintrittsgelder 2.465.676, Verbandsbeiträge 529.632.364, örtliche Beiträge 144.511.288, Ertragsbeiträge 29.336.804, Zinsen 4.812.798 und sonstige Einnahmen 38.635.809 M.

Veranschlagt wurden für Unterstützungen 104.990.212, Lohnverbände, Streiks und Ausperrungen 108.549.907, Hilfskassen und Verbandsorgan 58.435.918, Administration, Konferenzen, Ortsausschüsse, Sekretariate usw. 89.140.637 und für Verwaltung 182.697.941 M. Die Ausgabe für Lohnverbände, Streiks und Ausperrungen betrug im Vorjahre 45.900.049 M. Die erhebliche Steigerung dieses Postens beweist die zunehmende Anhänglichkeit der wirtschaftlichen Kämpfe; die Bestrebungen der Arbeiterchaft, Lohnverbesserungen zu erzielen, stoßen auf den zunehmenden Widerstand der Unternehmer. Auch die Ausgaben für Unterstützungen sind erheblich, und zwar um 60.847.419 M. gewachsen. Sie haben sich trotzdem immer noch in erträulichen Grenzen

gehalten, was darauf zurückzuführen ist, daß der größte Teil der neuen Mitglieder, die im Laufe des Jahres 1919 den Verbänden beitraten, 1920 noch nicht im vollen Umfang die Unterführungsbeschlüsse erworben hatten. Je älter wieder der neuengewonnene Mitgliedsstand wird, um so mehr werden auch die Unterführungsansprüche steigen, deren Höhe natürlich auch abhängig ist von der Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Nachweisung über den Vermögensbestand der im ADGB vereinigten Verbände ist leider nicht vollständig. Er wird in der Zusammenfassung mit 268 469 522 M. ausgewiesen. Es fehlt in dieser Summe der Massenbestand des großen Metallarbeiterverbandes, der seit 1915 darüber keine Angaben macht. Auch der Verband der Landarbeiter hat seinen Vermögensbestand für 1920 nicht angegeben.

Verbandsorgane geben alle Verbände heraus, 17 außerdem noch Nebenorgane. Das Organ der Buchdrucker erscheint wöchentlich dreimal, 32 Zeitungen werden wöchentlich und 11 vierschriftlich herausgegeben, 5 Zeitungen erscheinen als Monatsorgane, davon eine dreimal, 3 zweimal und eine einmal im Monat. Die Gesamtauflage aller Organe betrug am Schlusse des Jahres 8 404 960.

Ueber die sonstigen Gewerkschaftsgruppen liegen nur von den kirchlich-katholischen Gewerkschaften und den christlichen Gewerkschaften Angaben vor.

Die kirchlich-katholischen Gewerkschaften umfaßten am Schlusse des Jahres 1920 insgesamt 17 Organisationen mit 225 998 Mitgliedern, darunter 22 365 weiblichen.

Angaben über die Kassenverhältnisse machten 15 Organisationen, und zwar werden nachgewiesen an Gesamteinnahmen 12 510 281 M., wovon 10 464 732 M. durch Beiträge angebracht wurden. Die Ausgaben betragen 9 520 334 M. Das Vermögen der Gewerkschaften wird mit 5 388 528 M. angegeben.

Den christlichen Gewerkschaften waren 1920 angegeschlossen 25 Organisationen mit 10 966 Ortsgruppen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1920 insgesamt 1 105 894, im Jahresdurchschnitt 1 076 792, davon 214 550 weibliche Mitglieder.

Die Gesamteinnahme betrug im Jahre 1920: 64 815 200 M. Davon entfallen auf Beiträge 20 776 581 Mark. Die Ausgaben betragen insgesamt 63 413 688 Mark; der Vermögensbestand erhöhte sich auf 42 413 950 Mark, davon befanden sich 36 043 757 M. in den Hauptkassen.

Die Zusammenfassung der statistischen Ergebnisse der drei Organisationsgruppen: der freien Gewerkschaften, der Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1920 folgendes Bild: Es waren in diesen drei Organisationsgruppen zusammen 9 192 892 Mitglieder vereinigt gegen 6 527 187 im Vorjahre und 2 171 697 im Jahre 1918. Gegenüber dem Jahre 1919 ist eine Vermehrung um 2 665 705 Mitglieder = 40,8 v. H. eingetreten. Es liegt die Zahl der männlichen Mitglieder um 2 088 906 und die der weiblichen um 576 799. Es vermehrten sich die freien Gewerkschaften um 44,0, die

kirchlich-katholischen Gewerkschaften um 19,1 und die christlichen Gewerkschaften um 2,5 v. H.

Der erheblich stärkere Zuwachs der freien Gewerkschaften kommt auch in dem weitwärts stärkeren Anstieg, den sie an der Gesamtzahl der Mitglieder haben, zum Ausdruck. Von je 100 Mitgliedern kamen auf die freien Gewerkschaften 85,8, auf die Gewerkschaften 2,5 und auf die kirchlichen Gewerkschaften 11,7. Dagegen 1919 in der gleichen Reihenfolge: 83,9, 2,7 und 13,2; und 1918: 76,7, 5,2 und 18,1.

Es betrug 1920 die Gesamteinnahme aller drei Organisationen 64 815 200 M., die Ausgabe 616 748 637 M. und der Vermögensbestand 316 222 000 M. Von je 100 M. der Gesamteinnahme und -ausgabe kommen auf die einzelnen Gruppen:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Freie Gewerkschaften	53,47	58,17
Deutsche Gewerkschaften	1,48	1,51
Christliche Gewerkschaften	10,05	10,20

Pro Mitglied betrug der Durchschnittssatz der Einnahme und der Ausgabe

	Einnahme M.	Ausgabe M.
bei den freien Gewerkschaften	94,69	68,92
bei den deutschen Gewerkschaften	55,36	42,13
bei den christlichen Gewerkschaften	78,76	58,89

Es veranschaulicht für:

	Alleinliche Unterführungen insgesamt v. H. M.	Steuere-u. Arbeitslosenunterstützung insgesamt v. H. M.	Gewerkschafts- und Streikunterstützung insgesamt v. H. M.			
Freie Gewerkschaften	101877317	12,91	5388174	8,06	111672803	14,15
Deutsche Gewerkschaften	91448	4,04	82491	3,75	7759,26	7,86
Chr. Gewerkschaften	8840210	9,21	1955857	2,18	63068505	6,25

Die vorstehende Zusammenfassung der wichtigsten Angaben aus der Statistik beweist die starke Ueberlegenheit der freien Gewerkschaften über die anderen Organisationsgruppen. Neben dem Befreiungskampf des Proletariats aus dem kapitalistischen Joch am Vorkriegsabend, wird es mit großer Freude erfüllt, daß die freien Gewerkschaften trotz der inneren politischen Kämpfe der Arbeiterklasse ihre Geschlossenheit bewahrt haben. Die Zeiten, in denen man um die Einheit der Kampforganisationen des werktätigen Volkes bangen konnte, sind vorbei. Zusammen mit den im ADGB vereinigten Verbänden der Angestellten ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der Vertreter der Interessen der Arbeitnehmer. Die freigewerkschaftlichen Vereinigungen der Lohn- und Handarbeiter sind vermöge ihrer demokratischen Nachstellung die vornehmsten Träger zur Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft geworden.

### Betriebsunfälle

Im Februar kamen bei der Berufsgenossenschaft 200 Unfälle zur Anmeldung. In Schnellpressen ereigneten sich 42 Unfälle. Zwischen Form und Nutraschwälze entfielen durch leichtsinniges und fabriktüres Schalten an

laufender Maschine 7 Unfälle. An den Karbwalzen entfielen 2 Unfälle. Ähnlichen Zufällen und Brüchen wolle verletzten sich beim Glattziehen des Bogens und beim Entfernern von Papier 2 Personen. Eine Angestellte erlitt beim Reinigen der Maschine einen mehrfachen schweren Bredendruck. Der Unfall ist durch das unvorsichtige Anzahlen der Maschine von hinten des Druckers entstanden, der die Maschine anlaufen ließ, ohne sich vorher pflichtgemäß davon überzeugt zu haben, daß sich niemand im Innern der Maschine befand. An den Karbwalzenführern bzw. -Hebel zogen sich während des Ganges beim Walzenziehen und beim Farbe-abstellen 2 Personen leichte Fingerverletzungen zu. Zwischen Hebel und Gestell verletzte sich eine Person beim Abwischen der laufenden Schnellpresse. Durch Hineinragen in die Seitenmarfensteuerung wurde ein Finger gequetscht. Beim Anlegen von der linken Seite geriet der Fuß durch Hineinstellen in die ungeeignete Geseßöffnung am Anlegerland zwischen Pfänderfanggabel und Seitengeseß. Beim Stellen der Rollen während des Ganges der Doppelschneidpresse zog sich durch einen Schlag des Fanggabelzapfens ein Maschinenmeister einen Knochenbruch des linken Unterarmes zu. — Beim Ordnen der Schnur der Bandrolle während des Laufens entstand zwischen Stollenfang und Anleger eine Fingerverletzung. Beim Herunterlegen des Anlegerbedecks entfielen zwei Fingerverletzungen. Am Anlegerapparat verletzten sich beim Andrehen durch Hineinragen der Nade in die Nadelröhre, beim Prüfen, beim Beziehen eines Fehlbogens und dergl. 6 Personen und am Frontanleger eine Person. In Greifern beim Anlegen und Zurückziehen verletzten sich 5, beim Auf- und Absteigen vom Tritt 2 und auf sonstige Art 7 Personen.

An Liegedruckpressen verunglückten 20 Personen. Zwischen Ziegel und Form waren allein 13 Unfälle zu verzeichnen. Diese sind darauf zurückzuführen, daß in einem Falle die automatische Vorrichtung (verboogene Greiferröhren) versagte. In 4 Fällen war keine Schutzvorrichtung vorhanden bzw. war sie durch das Personal entfernt worden. In niedriger Hub und zu niedriger Stand der Presse gab Ursache zu 7 Unfällen. Eine schwere Quetschung erlitt ein Arbeiter durch Nagelreifen mit der linken Hand von der linken Seite her, an der die Schutzvorrichtung nicht wirken konnte. Beim Waschen der Walzen, während die Maschine noch im Gange war, entfielen eine Verletzung. Eine weitere zwischen Stellschraube und Anleger beim Greifen nach einem herabfallenden Bogen. Zwischen Gegengewicht und Fundament verletzten sich durch das leichtsinnige Hineinstellen des Fußes in die Geseßöffnung und beim Entfernen von Papier 4 Personen.

An Rotationsmaschinen entfielen 16 Unfälle. Zwischen die Führungswalzen gerieten beim Papierwechsel an laufender Maschine 4 Personen. An Karbwalzen beim Andrehen der Druckplatte eine. Am Fräsapparat ereigneten sich beim Entfernen von Zeitungen und beim Wölischen des Sammelzylinders 3 Unfälle. An dem Schneidbehlüber einer Illustrations-Rotationsmaschine quetschte sich ein Maschinenmeister

### Vor drei Jahren

Der Anbruch der Revolution.\*)

„Man hat uns belogen und betrogen.“ Das waren die Worte, die der konterbative Parteiführer von Heubrand verzweifelt ausgerufen haben soll, als ein Fraktionskollege Graf Westarp, dem der stellvertretende Reichskanzler von Papier nebst je einem Vertreter der anderen Parteien in einer schnell einberufenen vertraulichen Konferenz die Hiebpost vom Zusammenbruch der Armee mitgeteilt hatte, diese der Fraktion überbrachte. Mit größerem Recht als der weitand ungetrübte König und seine Freunde, konnte und kann es die breite Masse des deutschen Volkes von sich sagen. Wie sie über die Enttiefung des Krieges und seinen Verlauf während dessen Dauer systematisch belogen und betrogen worden ist, so auch heute noch. Und zwar sind es Parteigenossen des Herrn von Heubrand, die jetzt in diesem Wüstenfeldzug das Maßlose leisten. Noch immer wird dem deutschen Volke in Flugschriften aller Art vorgeflunkert, daß Deutschland 1914 von bösshaften und neidischen Gegnern heimtückisch zum Kriege gezwungen worden — manche sagen noch frecher und behaupten rundweg überfallen worden sei. Noch immer wird ihm der Krieg so geschildert, als ob deutscherseits nur Siege erfochten und höchstens gelegentlich zu weit vorgedrängene Truppen aus strategischen Gründen „zurückgenommen“ worden seien. Nicht nur in der 1915 bei Neclan erschienenen „Kriegschronik“ des Generalmajors Wegler wird die mehrbändige große Schlacht an der Marne, die zu den entscheidenden Schlachten der Weltgeschichte gehört, auf diese Weise vollständig verschwiegen, auch in der im November 1919 erschienenen Broschüre des Geheimen Studentates Jaenide, „Weltkrieg, Revolution, Verfassung“, wird der ununterschiedliche deutsche Leser mit folgenden unwahren Redensarten über die Tatsache der am 12. September 1914 beobachteten gewaltigen Niederlage der Armee des deutschen Kronprinzen hinweggetäuscht (die Sperrungen sind von mir. E. d. H.):

„Aber die deutschen Armeen hatten sich zu weit von ihren Versorgungsquellen entfernt. Sie mühten daher an der Marne umkehren, zumal sie hier an der Befestigung von Paris und anderen Festungen festes starken Widerstand fanden. Sie machten nach heftigen Nidzugaesechten erst hinter der Aisne und Oise halt.“

In ähnlicher Weise wird der Ausgang wichtiger Seeschlachten ins Gegenteil umgedeutet. Vom Treffen am Stagerat (31. Mai 1916), das damit endete, daß die deutsche Flotte unter dem Schutze des Nebels das Feld räumte, heißt es: „Die Engländer verkündeten ihre offensbare Niederlage aller Welt als einen großen Sieg!“ Tatsächlich war das Umgekehrte geschehen. Die englische Führung hatte zuerst nur freimütig ihre Verluste an Schiffen gemeldet und sich jeder Bemerkung über Sieg oder Niederlage enthalten, während die deutsche einen glänzenden Erfolg meldete und solange behauptete, kein einziges großes Schiff verloren zu haben, bis an die norwegische Küste getriebene Trümmer sie nötigten, den Verlust des Schlachtschiffes „Pommern“ einzugestehen.

Mit solchen falschen Darstellungen kann man aber nur begrenzte Wirkungen erzielen. Am ehesten versagen sie gegebenenfalls bei den Truppen. Dort spricht sich die Wahrheit naturgemäß schneller herum, als in der Zivilbevölkerung. Wie in der Landarmee selbst, erkannte man mit Verbstandbruch 1918 in den Reihen der Marinesoldaten, daß der Krieg verloren ist, daß jedes Angriffsunternehmen nutzloses Opfern von Menschen bedeutet und den notwendigen Friedensschluß widersinnig verzögert. Die Kunde, daß die Leitung der Marine es auf eine neue Seeschlacht im größten Stil ankommen lassen will, um zum mindesten den Engländern den Verlust eines möglichst großen Teiles ihrer Flotte zu verursachen, bringt gegen Ende Oktober 1918 die Befragung der bei Kiel stationierten deutschen Kriegsschiffe in große Erregung und veranlaßt am 28. Oktober die Befragung des Linienschiffes „Margraf“ zur ersten größeren Auflehnung. Sie verweigert das Anfertigen und verbirht durch Befehlen der Winde-maschinen das Auslaufen des Schiffes. Als andere Schiffe durch den Nordostkanal nach Ruxhaven und von dort nach dem Fährhafen geleitet werden, bemächtigt sich der Mannschaften gleichfalls die Ueberzeugung, es handle sich um einen Verzweiflungstreue, der nur Menschenverluste und Verdrümmung der Friedensbedingungen zur Folge haben könne. Auf einem Schiff nach dem anderen wiederholt sich die Weigerung auszuführen. Noch ist es indes keine revolutionäre Bewegung. Die Befragungen verschiedener Schiffe haben folgenden Entschluß gefaßt und bekannt gegeben:

„Greift der Engländer uns an, so stellen wir unsern Mann und verteidigen unsere Küsten bis zum Meeresspiegel, aber wir selbst greifen nicht an. Weiter als bis Helgoland fahren wir nicht. Andernfalls wird Feuer ausgehakt.“

So sprechen keine Aufwührer. Allerdings hatte es auf einigen Schiffen schon im Jahre vorher Kund-

gebungen von Matrosen gegeben, die sich der Unabhängigen Sozialdemokratie zurechneten, aber brutal genug waren sie unterdrückt worden, um den Opfern der Repression, die Sympathien der Kameraden zuzuwenden. Aber diese Agitation hatte doch nur erst Minderheiten erfasst und wäre nicht instand gewesen, zur allgemeinen Revolte zu führen, wenn nicht auch sonst sich reichlich Stoff zu solcher aufgehäuft hätte, und durch Repressionsmaßnahmen zum Entkommen gebracht worden wäre.

Am 30. und 31. Oktober erfolgt auf verschiedenen Schiffen unter Nichtbeachtung des obigen Beschlusses der Befehl zum Anfertigen der Feuer unter den Kesseln und anderen Maßnahmen beantwortet, welche eine kriegs-rische Aktion unmöglich machen. Es erfolgen von selten der Vorgesetzten Zurechnungen und Drohungen, die auf einigen Schiffen zu Verhaftungen in größerem Maßstabe sich steigern. Ganz besonders werden mit solchen Massenbefragungen in Wilhelmshaven das Linienschiff „Großer Kurfürst“ und in Kiel, wohin das dritte Geschwader zurückbefohlen war, das Linienschiff „Friedrich der Große“ bedacht. Dies bringt das Ventil zum Platzen:

Am Sonntag, den 3. November 1918, findet in Kiel auf dem großen Exerzierplatz eine von Tausenden Marineangehörige besuchte und sich dann zu einem großen Zug formierende Protestversammlung statt, welche nach Anhören leidenschaftlicher Reden die Freilassung der Verhafteten fordert. Der Zug wird auf dem Marsch zur Marinearrestanstalt von bewaffneten Matrosen und Applikanten angehalten, die ihn zum Auseinandergehen aufhorben. Auf die Weigerung hin, dem Folge zu geben, wird sofort geschossen. Acht Personen wurden getötet, 29 verwundet, die anderen ergreifen die Flucht, und — am nächsten Tage, den 4. November, ist die ganze Marine in Aufruhr. Offiziere, die sich den Matrosen zu widersetzen versuchen, werden mißhandelt; auf dem Linienschiff „König“, das die Kriegsschiffe führt, kommt es zum Schießen, wobei der Kommandant des Schiffes fällt, und um die Mittagset sind die Matrosen die Herren aller Schiffe, wie auch des Hafens, und die ganze Garnison von Kiel schließt sich ihnen an. Eine Abteilung Ulfaren, die von dem Hamburger Vorort Blankenbühl entlassen worden ist, die Aufwührer zur Ruhe zu bringen, muß umkehren.

Nun wird ein Soldatenrat gebildet, und dem Gouverneur von Kiel, der in einem Erlaß die Matrosen aufgefordert hatte, ihm ihre Wünsche zu unterbreiten, wird nach Beratung im Gewerkschaftshaus ein Programm radikaler Forderungen vorgelegt, von denen die wichtigsten lauten:

\*) Aus Band 1 des Werkes „Die deutsche Revolution.“ Von E. d. H. Berlin. Verlag für Weltanschauung und Erziehung, Berlin-Nikolaenau

... Finger beim Reinigen während des Ganges. An ...  
 ... Jahren zogen sich 1 Personen Verletzungen zu ...  
 ... Herabfallen der eisernen Treppe durch Abrutschen ...

An Schneidemaschinen entstanden 2 Unfälle ...  
 ... unter dem Messer und einer durch Zurückfallen des ...  
 ... zwischen diesem und dem Anschlagzapfen.

An Transmissionsen entstanden durch Herabfallen des Riemens und einer Transmissionswelle 2 Unfälle.

An Steindruckschneidpressen tamen 3 Personen zu Schaden, und zwar unter den ...  
 ... beim Nacharbeiten von Vogen, unter den ...  
 ... beim Wugen der Maschine, ferner zwei Herabfallen vom Maschinentritt und beim Herausheben des ...  
 ... aus der Maschine. Darunter war eine schwere ...  
 ... des linken Oberarmes.

An Offsetschnellpressen beim Herablassen ...  
 ... Metallstückes und beim Nachfahren nach einem nicht ...  
 ... abgelegenen Vogen entstanden 2 Unfälle.

An Offsetrotationsmaschinen ebenfalls 2. Einer davon entstand beim ...  
 ... der Papierbahn, wobei die linke Hand bis zum Unterarm ...  
 ... zwischen Papierführungsrollen und Schneidmesser ...  
 ... gezogen wurde. Der zweite, ein schwerer Unfall, welcher ...  
 ... den Verlust des rechten Armes zur Folge hatte, ...  
 ... sich auf unauffällige Weise. Der Verletzte ...  
 ... beim Herunterfallen von der Trittleiter zum ...  
 ... apparat in die Vogenausführung; es wurde ihm der ...  
 ... Arm zwischen Vogenausfuhrtrammel und ...  
 ... einseitig vollen vollkommen hineingezogen und ...  
 ... zerquetscht.

An Schneidmaschinen entstanden 7 Unfälle, darunter eine schwere Augenverletzung durch ...  
 ... spritzer.

An Heilmaschinen 9.  
 An Kalziummaschinen einer.  
 An Stanz- und Prägepressen 3.

An anderen Buchbindemaschinen 7. Ein Unfall, ...  
 ... durch später eintretende Blutvergiftung den Tod zur ...  
 ... Folge hatte, entstand durch Stoß des Kopfes an den ...  
 ... einen Tisch einer Nutmaschine.

An Kreisfrägen durch Abrutschen des Arbeitsstückes 3.

An Rundbohrer beim Entfernen von Blechbänken und beim Nachrüden der Platten während des ...  
 ... Ganges 2. Beim letztgenannten Unfall zog sich der ...  
 ... an beiden Unterarmen Knochenbrüche und ...  
 ... Schenkel der Gelenke zu.

An anderen Stereotypieapparaten 4.  
 An anderen Arbeitsmaschinen 16.

An Dampfessel durch Herausfallen einer Kamme, ...  
 ... durch Herabfallen des Schürhütchens und durch ...  
 ... Verletzungen des Injektors verletzten sich 4 Personen.

Beim Regen durch Spritzen von Säure, beim ...  
 ... Anrühren des Gases durch eine Stichtamme und durch ...  
 ... Verletzungen von heißem Kaffee 5.

Durch Unfällen und Herabfallen schwerer Gegenstände 11.

Durch ... auf ... Erde, auf ...  
 ... Verletzungen ereigneten sich 19 Unfälle

Durch Fallen von Leitern 4.  
 Beim Heben und Tragen, Auf und Abladen schwerer Gegenstände 24.

Durch Eisen- und Zugsbahnbetrieb, durch Kraftwagen und durch Fahrräder wurden je 3 Unfälle gemeldet.

Durch sonstige Führer 8.  
 Durch Stühle und Kabinen 3.

Beim Benutzen von Handwerkzeug zogen sich 12 Personen Verletzungen zu, darunter allein 5 Unfälle.

### Das Existenzminimum im Oktober 1921

Von Dr. R. Kuczynski.

Die ungeheure Steigerung der fremden Devisen, die den Erzeugern und Händlern Gründe (bei Margarine usw.) und Vorwände (bei Kartoffeln usw.) zu gewaltigen Preissteigerungen bot, hat die Kosten des Existenzminimums im Oktober 1921 auf eine bisher nie erreichte Höhe emporzuschleppen lassen. Milch und Butter waren um 16 Prozent teurer als im Vormonat, Schmalz um 22 Prozent, Margarine um 24 Prozent, Kartoffeln um 29 Prozent. Teurer als im Oktober 1920 waren vor allem Brot, Nahrungsmittel, Teigwaren, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Milch, Kartoffeln u. s. w. So betrug im Oktober 1921 durchschnittlich 1,65 Mk. das Kilogramm gegenüber 0,80 Mk. im Oktober 1920, Haferflocken 8,55 Mk. gegenüber einem Schleichhandelspreis von 5,50 Mk. und einem Höchstpreis von 2,80 Mk. Noch ungeheurer erscheinen natürlich die Preissteigerungen gegenüber der Vorkriegszeit. Brot kostete 15 mal soviel wie vor acht Jahren, Biskuits 17 mal soviel, Milch 19 mal soviel, Margarine 20 mal soviel, Reis 22 mal soviel, Kartoffeln 33 mal soviel. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Oktober 1913 bis Oktober 1921 im ganzen eine Verzehnerung auf das Fünftel. In den vier Wochen vom 3. bis zum 30. Oktober wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis	
	Oktober 1921	Oktober 1913
8100 Gramm Brot	3012	198
1075 " Nahrungsmittel	725	54
500 " Zucker	400	23
<b>Zusammen</b>	<b>4137</b>	<b>275</b>

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 41,37 Mk. zahlen muß, konnte man vor acht Jahren für 2,75 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 6200 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200-6200 gleich

5000 Kalorien ergaßen müssen. Eine Frau mußte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5000 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 27 Mk. für eine Frau auf 52 Mk., für einen Mann auf 70 Mk. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Oktober 1913 für ein Kind 1,42 Mk., für eine Frau 2,98 Mk., für einen Mann 3,88 Mk. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil j. B. billigeres frisches Fleisch damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Verzehnerung für die Vormonate werden für die Vorkriegszeit angegeben: Kind 1,75 Mk., Frau 2,80 Mk., Mann 3,50 Mk.)

	Preis	
	Oktober 1921	Oktober 1913
Nationierte Nahrungsmittel	1034	69
250 Gramm Graupen	211	10
2750 " Kartoffeln	454	14
125 " Margarine	406	20
125 " Zucker	120	6
1 Liter Milch	440	23
<b>Zusammen für ein 6-10-jähr. Kind</b>	<b>2665</b>	<b>142</b>
250 Gramm Brot	128	6
125 " Haferflocken	107	6
250 " Zellschoten	186	10
1750 " Kartoffeln	280	9
1500 " Gemüse	300	24
250 " Fleisch	563	56
125 " Speck	588	25
125 " Margarine	406	20
<b>Zusammen für eine Frau</b>	<b>5232</b>	<b>299</b>
500 Gramm Reis	475	22
250 " Erbsen	202	10
125 " Speck	588	25
250 " Salzheringe	131	13
125 " Margarine	406	20
<b>Zusammen für einen Mann</b>	<b>7034</b>	<b>388</b>

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Setzung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 10 Mk. (1913/14: 5,50 Mk.), für Setzung 19,05 Mk. (1,15 Mk.), für Beleuchtung 8,10 Mk. (0,75 Mk.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 36 Mk. (2,50 Mk.), Frau 24 Mk. (1,65 Mk.), Kind 12 Mk. (0,85 Mk.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wohneinrichtung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

„Freilassung sämtlicher Gefangenen und politisch Inhaftierten. Vollständige Rede- und Pressefreiheit. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften und Aufhebung der Gruppensicht. Volle Anerkennung des Arbeiter- und Soldatenrates. Offiziere, die sich mit seinen Maßnahmen einverstanden erklären, sollen willkommen sein, andere haben den Dienst ohne Anspruch auf Versorgung zu quittieren. Unterlassung aller Schutzmaßnahmen mit Wutvergehen. Die Maßnahmen zum Schutz des Eigentums trifft der Arbeiter- und Soldatenrat. Das Ausfahren der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.“

Der Gouverneur erklärt sich mit einem Teil der Forderungen einverstanden und verschiebt die endgültige Antwort bis zum Eintreffen der auf telegraphisches Ansuchen entandenen und schon auf dem Wege befindlichen Regierungsvertreter. Es sind dies der zum Staatssekretär ernannte Demokrat Hauptmann und der Sozialdemokrat Gustav Noke. Das Ergebnis der mit den Genannten gepflogenen Beratungen ist der Entschluß, die Forderungen zu bewilligen. Seine Bestätigung wird mit allgemeinem Jubel aufgenommen. Nach Annahme der Forderungen verpflichten sich die Matrosen, unbedingte Ordnung aufrecht zu erhalten, und willigen in eine Bekanntmachung ein, die versichert, daß jeder, der beim Willkürverbrechen betroffen wird, auf der Stelle handbrechtlich zu erschlagen ist. Hauptmann lehrt nach Berlin zurück, Noke erhält Arbeitszimmer im Stationskommando eingeräumt und wird auf Wunsch der Arbeiter-faktischer Gouverneur von Kiel. Tags darauf, am 5. November, tritt die Arbeiterkammer Kiels in den allgemeinen Ausstand und bildet Arbeiterräte, denen sich die schon gebildeten Soldatenräte anschließen. Die Stadt des größten deutschen Seehafens wie dieser selbst, ist in den Händen des Proletariats. Zur Vervollständigung des Ausschusses werden von den Arbeitern zwei Führer der Unabhängigen, die Reichstagsabgeordneten Hasse und Ledebour, nach Kiel berufen.

Und die Latzine kam in Fluß. Noch am gleichen Tage fahren Kriegsfahrzeuge unter der roten Fahne in Hamburg und Lübeck ein, die sich der Erhebung anschließen. In Lübeck geht die öffentliche Gewalt ohne Wutvergehen in die Hände des Soldatenrates über, in Hamburg kommt es schon am Abend des 5. November nach einer Massendemonstration zugunsten der Kieler Beschlüsse, zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, bei dem geschossen wird. Am 6. November wird ebenfalls in Hamburg vom Militär auf einen Zug in den allgemeinen Ausstand getretener Werftarbeiter, der dem Gebot zum Untertan nicht Folge leistete, mit Maschinen gewehrt, wobei neun Tote auf dem Platze blieben. Eine Massenkundgebung, Kländerung der

Waffenläden, Erschürmung und Ausraubung der in Altona gelegenen Waffenkammer, ist die Folge.

In Lübeck gibt der Soldatenrat am Abend des 5. November den Übergang der öffentlichen Macht in seine Hände in folgendem Aufruf bekannt:

„Zeit heute Abend ist Lübecks Macht in unseren Händen. Wir erklären hiermit, daß mit unserer Sache der Kameraden an der Front, wie hier in der Heimat, gebiert ist. Es mußte mit den korruptesten Zuständen und der militärischen Diktatur von gestern gründlich aufgeräumt werden. Der Zweck unserer Sache ist sofortiger Waffenstillstand und Frieden. Wir bitten die Bevölkerung Lübecks, größte Ruhe zu bewahren. Es wird von uns nichts unternommen, was die Betriebe zur Aufrechterhaltung der Ordnung stören könnte. Es geht alles seinen alten Gang. Wir erwarten von der Bevölkerung bereitwillige Mitwirkung. Wir können feststellen, daß diese Umwandlungen der militärischen Dinge in Lübeck unblutig verlaufen sind und hoffentlich weiter verlaufen werden. Wir waren vor Ausschreitungen; Willkürungen und Diebstahl werden mit dem Tode bestraft. Die Lebensmittelverteilung bleibt in den Händen der Zivilverwaltung.“

Der Soldatenrat. Nicht ohne Zusammenstoß mit Militär, aber Dank dem Übertritt der Mannschaften ohne Wutvergehen, tritt noch am gleichen Tage Bremen dem Ausstand bei. Die militärische Gewalt geht an eine Kommission über, die aus dem Garnisonärzten, zwei Offizieren und vier Vertretern der Mannschaften besteht, so daß die letzteren in ihr die Mehrheit haben. Daneben wird ein Arbeiterrat gebildet.

Am folgenden Tage breitet sich die Bewegung nach Westen - Hannover, Braunschweig, Köln usw. und nach Süden aus, der Hauptstadt Berlin zu. Ehe sie diese erreicht, sind Magdeburg, Leipzig, Dresden im Aufstand. Ganz Nordwest gerät in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte.

Noch ist es aber keine zusammenfassende, auf die Aenderung des Ganzen der Verfassung des Reiches gerichtete Revolution, wenigstens es in den Reihen der Kämpfer an Leuten nicht fehlt, die bewußt auf dieses Ziel lossteuern. Keine Massenbewegung vollzieht sich ohne solche Elemente. Der Instos zu ihnen geht immer zunächst von einzelnen aus, die, sei es auch nur der Eingebung eines Augenblicks folgend, im gegebenen Zeitpunkt die Parole ausgeben, die nun plötzlich vom Mund zu Mund läuft und die Geister entflammt. Wenn nachträglich die verschiedenen sozialistischen Fraktionen über ihr Verdienst an der Erhebung streiten, so werden sie alle ein Stück Recht haben. Sie hatten alle erkannt, daß es beim alten Stand der Dinge nicht bleiben konnte und verbreiteten, jede in ihrer Art, diese Erkenntnis

unter ihren Anhängern. Ohne dies wäre die Allgemeinheit der Bewegung unmöglich gewesen. In den meisten Orten waren die Mehrheitsfraktionen die bei weitem stärkere Verbindung, war ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft so groß, daß jede Aktion, gegen die sie sich gekemmt hätten, an diesem Widerstand gebrochen wäre. Warum er unterblieb, zeigt ein Blick auf die Vorgänge im Reichstag und der Regierung in den Wochen seit Eintreffen der Verzweiflungspost des großen Generalstabs.

Daß die Matrosen richtig gesehen hatten, bestätigt der aus Regierungskreisen unterrichtete Mehrheitsfraktion Friedrich Stampfer in seiner Gedächtnischrift „Der 9. November“ (Berlin 1919, „Vorwärts“-Buchhandlung). Er schreibt dort:

„Später stellte sich heraus, daß die Matrosen recht gehabt hatten, wenn sie an den harmlosen Charakter der angeblichen Wandrierfahrt nicht glaubten. Es war beabsichtigt gewesen, die Flotte bei Helgoland hinter einer Sperrkette von U-Booten aufmarschieren zu lassen, um die Engländer herauszulocken und den U-Booten Gelegenheit zum Angriff auf sie zu geben. Der Plan zu einer Seeschlacht gegen Stills! Und dieser Plan war erachtet worden und sollte ausgeführt werden, nachdem Deutschland unter lebhafter Beteiligung seines Volkes vor weiteren nutzlosen Opfern um Waffenstillstand und Frieden ersucht hätte! Die Urheber dieses solbathisch lafernen, aber politisch idiotischen und verbrecherischen Planes, versicherten später treuherrig, sie hätten dadurch, daß sie die ungedrohte Macht der deutschen Flotte zeigten, Deutschlands Stellung bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen verbessern wollen!“

Tatsächlich hätte die Ausführung des Planes selbstverständlich die entgegengelegte Wirkung gehabt, sie hätte die Bedingungen für Deutschland noch verschlechtert. Die Rückwirkung der den gleichen Gedankenengängen entsprungenen Verfehlung, der bei Stava Nowo internierten deutschen Kriegsschiffe, hat das zur Genüge bewiesen. Mit Recht heißt es daher bei Stampfer weiterhin:

„Die Mannschaften bewiesen vielmehr gegen den Menschenverstand und politischem Instinkt, indem sie ihre Beteiligung an der geplanten Abschiebungsvorstellung mit großer Energie ablehnten. Wenn es wahr ist, daß jedes Recht an seinem offensibaren Mißbrauch seine Grenze findet, so war das Vorkriegsrecht der Vorgesetzten hier an dieser Grenze angelangt.“

Die Revolution war notwendig geworden.

	Mann	Frauen	Wahlberechtigte
Ernährung	70	124	176
Wohnung	10	10	10
Heizung, Beleuchtung	27	27	27
Bekleidung	56	60	84
Sonstiges	44	66	59
Oktober 1921	187	256	386
September 1921	171	200	349
August 1921	155	251	339
Juli 1921	156	237	321
August 1913 Juli 1914	16,75	22,30	24,70

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Oktober 1921 für einen alleinlebenden Mann 31 M., für ein kinderloses Ehepaar 48 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6-10 Jahren 64 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 9700 M., für das kinderlose Ehepaar 14900 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 20100 M.

Vom letzten Betriebsjahre bis zum Oktober 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin geblieben: für den alleinlebenden Mann von 16,75 M., auf 17 M., d. h. auf das 11.fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 26 M., d. h. auf das 12.fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 24,80 M. auf 38 M., d. h. auf das 13.fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt annähernd 8 Pfd wert.

### Aus unserer Bewegung im Stein- und Druckgewerbe

**Münster.**  
Lohnzulagen für das Hilfspersonal mit Wirkung für die Lohnwoche, in welche der 1. November 1921 fällt.

Ziffer 2 a und 2 b des Tarifvertrages: Stein- und Druckgewerbe und anderes männliches Hilfspersonal. Es wird eine Durchschnittszulage von 20 M. pro Kopf für männliche Hilfsarbeiter bezahlt. Die Berechnung findet aber derart statt, daß der Verheiratete 10 M. mehr erhält als der Ledige. Die Berechnungsart ergibt sich aus folgendem Beispiel:

Die in jenem Betrieb beschäftigten männlichen Personen setzen sich zusammen aus: 8 Verheirateten und solchen Ledigen, die über 24 Jahre alt sind, und aus 2 Ledigen unter 24 Jahre alt. Daraus errechnet sich: 10 mal 20 M. gleich 200 M. Wochenzulage. Verteilt wie folgt: 8 Verheiratete usw. mal 22 M. gleich 176 M., 2 Ledige unter 24 Jahre alt mal 12 M. gleich 24 M., 200 M. Wochenzulage.

Zu Ziffer 2 c: Auflegerinnen, Fangerinnen, Manufaktur- und Maschinenarbeiterinnen. Manufaktur- und Maschinenarbeiterinnen unter Format 95/125 Zentimeter 7,50 M. Wochenzulage. Geübte Goldarbeiterinnen 16-18 Jahre 6,50 M. Wochenzulage, 18-21 Jahre 9 M. Wochenzulage, über 21 Jahre 10 M. Wochenzulage.

Sonstiges weibliches Hilfspersonal in der Stein- und Druckerei-Abteilung: 16-18 Jahre 6,50 M. Wochenzulage, 18-21 Jahre 8,- M., über 21 Jahre 9,- M. Jüngstliches Hilfspersonal unter 16 Jahren: 5 M.

### Aus unseren Zahlstellen

**Baden-Baden.** Die am 21. Oktober stattfindende Versammlung des Hilfspersonals in Baden-Baden nahm nach einem Referat des Kollegen Nieger aus starkkräftiger Stellung zu dem neuen Tarifabschluß und erklärte sich damit einverstanden. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde einstimmig die Gründung einer Zahlstelle beschlossen. Die vorgenommene Wahl einer Verwaltung hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender und Kassierer: Kollege Siegfried Blant, Schriftführerin: Kollegin Else Knopf, Beisitzerinnen: Franziska Weber und Maria Köschardt. Die Erhebung eines Ortsbeitrages von 30 Pf. für alle Beitragsklassen wurde beschlossen. Nach einigen kurzen treffenden Worten des Kollegen Nieger zum feinen Zusammenhalt im Verbande konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

**Bwidau.** Am 10. Oktober nahm eine gut besuchte Versammlung Stellung zu den Tarifanschlagsverhandlungen im Buchdruckgewerbe. Kollegin Stopp gab einen leicht verständlichen Vortragsbericht und in der anschließenden Diskussion wurde das Ergebnis als befriedigend anerkannt, obwohl auch diese Zulagen den wahren Preissteigerungen gegenüber eine Verringerung der graphischen Arbeiterkraft nicht bedeuten. Die Beitragsverhöhung wurde wohl als berechtigt angesehen, doch kam zum Ausdruck, daß der Hauptvorstand mit der Bekanntgabe etwas früher hätte herauskommen sollen und nicht so, wie geschehen, heute wird's bekannt gegeben, morgen tritt's in Kraft. Weiter wurde beschlossen, diejenigen Firmen, welche nur ganz schwach oder gar nicht in den kommenden Versammlungen vertreten sind, in den Versammlungsberichten der „Solidarität“ bekannt zu geben. Nachdem noch die Berichte vom Ortsausschuß und einige Organisationsangelegenheiten besprochen worden waren, fand die Versammlung ihr Ende.

## Rundschau

An die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Oberschlesien. Kollegen und Volksgenossen! Die Würfel über das Schicksal Oberschlesiens sind gefallen! Trotz deutscher Wehrheit bei der Abstimmung, im Widerspruch mit allen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit, hat der Völkerrat entschieden, daß viele Hunderttausende von Euch nach Polen einverleibt werden, obwohl Ihr Euren Willen, bei Deutschland verbleiben zu wollen, in unabweisbarer Weise ausgedrückt habt.

Der Widerwille und die Empörung über ein so schweres Unrecht, die sich bei Euch darüber geltend machen, sind verständlich. Und es gibt auch keine Rechtfertigung für ein derartiges, allen bisherigen Anschuldigungen von Unparteilichkeit und Demokratie widerstrebendes Verfahren. Ihr erinnert Euch dabei der Drangsalierungen, die Ihr bei Eurer Abstimmung erdulden mußtet: an früherer Erinnerung sind Euch die schweren Leiden nach der Abstimmung, die schweren Verdrehungen und Gefahren, denen diejenigen ausgesetzt waren, deren deutsche Gesinnung den Gegnern bekannt geworden ist. Viele von Euch befürchten, daß sich diese Dinge jetzt, nachdem ein Teil von Oberschlesien polnisch werden soll, wiederholen könnten und rufen deshalb die Schritte zu verfahren, die ihnen bisher Wohnung und Heimat gewesen ist.

Arbeiter, Volksgenossen! So sehr wir Eure Gefühle verstehen, so sehr müssen wir Euch abraten, diesen Gefühlsauswülfungen zu folgen. Nur wo der Druck tatsächlich von neuem unerträglich wird, solltet Ihr ihm weichen. Sonst aber, wo man Euch nicht geradezu zum Fortgehen zwingt, solltet Ihr unbedingt an der bisherigen Stelle verbleiben. Zunächst besteht bei der herrschenden Wohnungsnot und der noch immer großen Arbeitslosigkeit im übrigen Deutschland keine Möglichkeit, Tausende und Zehntausende unterbringen zu können. Wer sündigt, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, monatlang, vielleicht ein Jahr und noch länger in Flüchtlingslagern mehr schlecht als recht untergebracht zu werden.

Vor allem aber glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Enterte, nachdem einmal ihr Spruch so gefallen ist, sich auch verpflichtet fühlen wird, Euch vor dem schlimmsten zu schützen. Die Entscheidung des Völkerrates läßt deutlich erkennen, daß auch er davon überzeugt ist, daß die an Polen abgetretenen Gebiete ohne deutsche Arbeit und Geisteskraft wirtschaftlich nicht weiter bestehen können. Die zur Verwaltung des Industriegebietes einzusetzende Wirtschaftskommission, welche zur Hälfte aus Deutschen besteht, hat ein Interesse daran, Euch zu schützen.

Ihr könnt auch die ganz bestimmte Zuversicht hegen, daß bei den Beratungen über das Wirtschaftsabkommen die deutschen Gewerkschaften darauf bedacht sein werden, Eure Interessen und Rechte energisch zu schützen und zu sichern. Deshalb fordern wir Euch nochmals auf: Wenn man Euch nicht geradezu gewaltsam vertreibt, dann bleibt an Euren bisherigen Wohn- und Arbeitsort. Wir werden die Entwicklung der Dinge streng im Auge behalten und gegebenenfalls weitere Richtlinien veröffentlichen.

Zentralkommission der freien Gewerkschaften Schlesiens.  
F. A. Z. Kohl.  
Bezirkstarell des Völkerrates für Oberschlesien.  
F. A. Fr. Karger.

**Betriebschleiferliste!** Voraussichtlich noch dieses Jahr werden von der Deutschen Buchdrucker-Vereinsgenossenschaft Betriebschleiferliste in folgenden Orten bei geantwörter Beteiligung eingerichtet werden:  
Zu Königsberg i. Pr. durch Herrn Dr. med. E. Raabe. Anmeldungen haben bis spätestens zum 23. November zu erfolgen und zwar bei Herrn Buch-

druckereibesitzer Gerhard Mautenberg in Königsberg, Bergplatz 5.  
In Kiel durch Herrn Dr. Stowalzin. Anmeldungen bis spätestens zum 23. November bei Herrn Buchdruckereibesitzer Ludwig Heule, Kiel, Gr. Markt 28.

Der Unterricht erfolgt an ungefährl 10 Abenden und ist kostenlos, nur wird regelmäßiger Besuch erwartet. Teilnehmen kann jeder, der im Buchdruckgewerbe tätig ist. Näheres ist durch oben genannte Herren zu erfahren, bei denen die Anmeldungen zu erfolgen haben.

### Eingegangene Druckschriften

Vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Verle 323, 48, Friedriehstr. 239, sind bei portofreier Zustellung zu beziehen: Deutscher Buchdrucker-Tarif vom 1. Januar 1921, Preis 2 M., Liste der Lokalfachschläge zum 8. des Tarifs, Preis 0,75 M., Geschäftsbericht des Tarifamtes für 1920, Preis 2 M., Statistik aus den Jahren 1917 (50 Bf.), 1918 (125 M.), Lehrplanschordnung für das Deutsche Buchdruckgewerbe, Preis 1 M., Gesammelte Entscheidungen des Tarifamtes, Heft 5, Preis 2,50 M.

Satzungen und Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam). Zweite erweiterte Auflage. Berlin 1921. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Erwerbslosenfürsorge. Unter diesem Titel ist jedoch im Verlag „Freiheit“, Berlin C. 2, Breitestr. 8-9, eine Schrift des Arbeitersekretärs Rudolf Wedt erschienen (Preis 3 M.). Wohl auf wenigen Gebieten ist die Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen so groß und doch die Vertrautheit mit denselben so notwendig wie auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge. In übersichtlicher Anordnung und gemeinverständlicher Darstellung gibt die vorliegende Schrift über die gesetzlichen Bestimmungen, sowie deren praktische Anwendung erschöpfende Auskunft. Leider besteht die mit Recht beklagte mangelhafte Fürsorge zum Teil darin, daß die Gemeinden die gesetzlichen Bestimmungen ungenügend und willkürlich anwenden. Wer dieser Praxis entgegenarbeiten will, muß mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Ausführungsanweisungen vertraut sein. Für jeden, der sich orientieren und wirksam im Interesse der Erwerbslosen und Kurzarbeiter wahrnehmen will, ist die vorliegende Schrift daher unentbehrlich. Wir begrüssen die Herausgabe derselben. Sie enthält auch zahlreiche Fingerzeige zur Verbesserung der Fürsorge.

### Briefkasten

Tilfil. 8,- M.

### Anzeigen

Unserem allberehrteten Kollegen Karl Münster nebst Gemahlin die herzlichsten Glückwünsche zur goldenen Hochzeit!  
Rahlsche Dilsdorf.

Unserem lieben Kollegen Albert Hartung und seinem Fräulein Braut Margarethe Gedendorf die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.  
Die Mitslieder der Rahtsche Tilfil.

**Jesus**  
als Kind, Jüngling, Mann u. Greis. Legende aus der Zeit des ersten röm. Kaisers. Preis 3 M. Franko bei Einfindung a. Postsch.-Konto 7602 Ludwigshafen a. Rh. Briefl. Touren.  
Fa. Philippson, Kirchheimbolanden (Pfalz), Postf. 4.



**Werttätige!** **Einsichtige!**

Steigert die Finanzkraft eurer Gesparnisse! Erwerbt

# Teilschuldverschreibungen

der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine n. m. b. H., Hamburg

in Etücken zu 500, 1000, 5000 oder 10 000 Mark.

## Verzinsung 5 1/2 Prozent im Jahr.

Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufordern bei der  
Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine n. m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52